

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 57 (1963)
Heft: 6

Artikel: Die Deutschen und ihre Kommunisten
Autor: Haffner, Sebastian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140791>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

widmet ist. Ein führendes Mitglied des Waffenkontroll- und Abrüstungsausschusses wird zu uns sprechen, und wir hoffen, daß unsere Idee einer Konferenz im Weißen Haus über Wirtschaftsplanung für den Frieden akzeptiert wird. Was einen ermutigt, ist der Aufschwung, den der erwähnte Ausschuß für Waffenkontrolle und Abrüstung in neuester Zeit genommen hat. Er ordnet Redner in alle Teile des Landes ab, fordert ein Nukleartest-Verbot und vertritt die Auffassung, daß Amerika die Abrüstung ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten durchführen könne. Der ganzen Westküste entlang verstärkt sich die Forderung nach Handel mit China (besonders in Oregon, wo die Furcht vor den Folgen der Automation nach nachhaltiger wirkt als die Angst, Rüstungsaufträge zu verlieren). Die Bereitschaft, für Kalifornien eine Zukunft ohne die Bombe zu planen, hat meines Erachtens stark zugenommen. Sie kennen sicher auch Senator Humphreys Rede vor dem Parlament, in der er die günstige Einstellung der meisten Großindustriellen zur Vorbereitung der Abrüstung bekanntgibt. Die Liga in Washington schickte allen ihren Mitgliedern Wiedergaben dieser Rede. Die Universität von Pennsylvanien hat eine für Wirtschaftsplaner ungemein nützliche Broschüre herausgegeben: eine Analyse, die für jeden Staat, jede Grafschaft und jedes städtische Gemeinwesen nachweist, in welcher Weise und in welchem Umfang eine Annullierung von Rüstungsaufträgen sich auswirken würde.

Ich glaube, Sie dürfen auf Nachfragen versichern, daß sich die Auffassung in Amerika und besonders in Kalifornien in den letzten sechs Monaten deutlich in Richtung Bereitschaft zur Abrüstung gewandelt hat, und daß damit die Überzeugung gewachsen ist, daß wir die Abrüstung erleichtern können und müssen, indem wir wirtschaftliche Bedenken und Hindernisse aus dem Wege räumen.»

Die Deutschen und ihre Kommunisten

Dr. Günter Kertzsch hat mich in der sowjetzonalen Zeitung «Neues Deutschland» gefragt, wie ich mir das «Zusammenraufen» der beiden deutschen Staaten vorstelle, wenn sie erst einmal durch einen Friedensvertrag aus ihren widerstreitenden Bündnissen entlassen, von fremden Truppen geräumt und zur Wiedervereinigung freigegeben seien. Etwas mißtrauisch hat er hinzugefügt, er hoffe, daß ich mit «Zusammenraufen» keine gewaltsamen Aktionen meine.

Nein, die meine ich nicht. Ich meine ungefähr das, was Dr. Kertzsch selbst in einem Artikel im «Neuen Deutschland» Anfang dieses Jahres recht gut ausgedrückt hat. Er sprach damals von einer deutschen Konföderation als einer «Bewegung mit dem Ziel der Einheit» und einem «Organ der Vereinigung»; der Staatenbund sollte also

sozusagen die Ausgangsposition sein, von der aus Kommunisten und Nichtkommunisten um die innere Gestaltung Gesamtdeutschlands mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln ringen sollten. «Wir sind versucht», schrieb er damals, «ängstlichen Anhängern des Kapitalismus zuzurufen: Nur Mut, vielleicht habt ihr doch eine Chance, den Wettbewerb zu gewinnen!»

An diesem Mut braucht es den deutschen Anhängern des Kapitalismus meiner Meinung nach wirklich nicht zu fehlen; sie brauchen nur die wirtschaftliche Leistung und die politische Popularität der beiden deutschen Teilstaaten zu vergleichen. Aber den deutschen Kommunisten selber scheint inzwischen der Mut zu einem solchen freien innerdeutschen Wettbewerb wieder abhanden gekommen zu sein. Auf dem VI. Parteitag hat Ulbricht seine früheren Konföderationsvorschläge auf einen Sieben-Punkte-Plan reduziert, der praktisch nur noch auf frostige gegenseitige Anerkennung getrennter Staaten hinausläuft.

Das ist bedauerlich, aber man kann es verstehen. Es ist eine Tatsache, daß in Deutschland die Kommunisten und die Nichtkommunisten Angst voreinander haben. Diese gegenseitige Angst ist heute ein ernstes Hindernis deutscher Wiedervereinigung; nicht das schwerste — das liegt in dem Einbau der beiden deutschen Teilstaaten in entgegengesetzte Bündnisse —, aber doch ein sehr fühlbares. Man muß darüber reden und versuchen, es wegzuräumen, wenn man der Wiedervereinigung näherkommen will.

Zunächst einmal: Diese gegenseitige Angst ist keine Selbstverständlichkeit, sondern eine deutsche Besonderheit. In Italien zum Beispiel, dem Land Don Camillos und Peppones, kommen Kommunisten und Nichtkommunisten ganz menschlich miteinander aus, und das, obwohl die Kommunisten dort viel zahlreicher und mächtiger — wenn man so will: viel bedrohlicher — sind als hier. Auch in England, wo die Kommunisten wie in Deutschland als Fremdkörper empfunden werden, gibt es nicht diese gegenseitige Totschlagsfurcht und Totschlagsbereitschaft wie bei uns, auch nicht in Skandinavien, Belgien, Holland, nicht einmal in Frankreich. Übrigens auch nicht in kommunistisch regierten Ländern wie Polen, Jugoslawien, Ungarn. Kommunist oder Antikommunist, man bleibt doch schließlich überall Mitmensch und Landsmann, überall — außer in Deutschland.

Und warum nicht in Deutschland? Das liegt, fürchte ich, mehr an den deutschen Nichtkommunisten als an den deutschen Kommunisten. Die Deutschen sind mit ihren Kommunisten nicht sehr geduldig umgegangen; Kommunisten in Deutschland waren immer «Tote auf Urlaub», wie es einer von ihnen schon 1919 klassisch formuliert hat. Das fing an mit der Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs; es hörte auch unter Weimar nie ganz auf; und unter Hitler war das Bekenntnis zum Kommunismus ein nicht minder todeswürdiges Verbrechen wie die Zugehörigkeit zum Judentum.

So etwas schafft Angst und Haß; es verhärtet auch. Was diese verhärteten Leute dann dort tun, wo sie einmal die Chance haben zu herrschen, schürt natürlich eine Angst vor ihnen und neuen Haß gegen sie — und so immer weiter im Teufelskreis. Die deutschen Kommunisten der zwanziger Jahre waren oft sensible Intellektuelle und idealistische Menschheitsbeglucker, oft übrigens auch gute Patrioten auf ihre Art; die heutigen sind meist zähe harte Machttypen, oft voller Ressentiments und manchmal geradezu Deutschenhasser. Aber ganz schuldlos sind die Deutschen daran nicht. Sie haben sie sich so zurechtgejätet. Wenn sie rückblickend Liebknecht und Rosa Luxemburg sympathischer finden als Ulbricht und Hilde Benjamin, dann hätten sie besser daran getan, Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht totzuschlagen.

Wie dem auch sei: Der Teufelskreis muß gebrochen werden, und es ist die Mehrheit, die ihn brechen muß, nicht die Minderheit. An der Angst, die die meisten Deutschen heute vor ihren Kommunisten haben, können sie ermessen, was für eine Angst erst die Kommunisten vor ihnen haben müssen; denn weiß Gott, denen geben sowohl ihre Erinnerungen als auch ihre Lage noch viel mehr Grund zur Angst. Wenn sie sich aus ihrem ummauerten Schutzpark wieder in die freie Wildbahn gesamtdeutscher demokratischer Politik hinauswagen sollen, müssen sie dort wenigstens vor Verbot, Unterdrückung, Verfolgung absolut sicher sein. Man wird ihnen wahrscheinlich sogar ein paar Vorgaben zugestehen müssen, damit der Wettstreit nicht gar zu ungleich wird. Auch ihnen muß man sozusagen zurufen können: «Nur Mut! Vielleicht habt ihr doch eine Chance.»

Meiner Meinung nach können sich die Deutschen das ohne weiteres leisten — jedenfalls, sobald sie es nur noch mit ihren Kommunisten zu tun haben und nicht mehr mit der russischen Armee im Lande. Erste Voraussetzung jeder Wendung zum Besseren freilich bleibt Frieden, Entlassung aus den Bündnissen, Befreiung von fremder Besatzung. Aber mit dem äußeren Frieden muß der innere kommen, und der erfordert, daß sich die Deutschen gegenüber ihren Kommunisten einen Ruck geben, ihre Angst überwinden, auf ihren Zorn verzichten, souverän und tolerant werden. Selber Kommunisten zu werden brauchen sie deswegen noch lange nicht. Im Gegenteil, sie werden vielleicht merken, daß sie unversehens weit bessere Demokraten geworden sind.

*Sebastian Haffner im «Stern», Nr. 18, 5. Mai 1963
Aus «Stimme der Gemeinde», 1. Juni 1963*



Der wahre Friede unter den Völkern wird nicht durch die Gleichheit des militärischen Apparates, sondern nur durch gegenseitiges Vertrauen fest und sicher bestehen können.

Papst Johannes XXIII.